

Postulat Fraktion SP/JUSO (Tanja Walliser, JUSO): Teilnahme an der Demokratie darf nichts kosten – Rückfrankierung von Wahl- und Abstimmungscouverts

Im Gegensatz zu den meisten anderen Städten und Gemeinden sind die Wahl- und Abstimmungscouverts in Bern nicht rückfrankiert.

Es darf nicht sein, dass die Teilnahme an der direkten Demokratie kostenpflichtig ist, dass man für die Ausübung seiner politischen Rechte bezahlen muss, wenn man brieflich abstimmen will.

Aus Sicht der direkten Demokratie ist eine hohe Teilnahme der Stimmberechtigten an Abstimmungen und Wahlen aber sehr wünschenswert. Auch in Bern schwankt die Beteiligung der Stimmberechtigten an Wahlen und Abstimmungen um die 50%, meist liegt sie darunter. Die Hürden für die Teilnahme an der direkten Demokratie müssen abgebaut werden. Die niedrige Teilnahme ist nicht nur zu beklagen, es müssen auch Massnahmen zu deren Erhöhung ergriffen werden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass mehr Stimmberechtigte an Abstimmungen teilnehmen, wenn sie die Abstimmungscouverts ohne grossen Aufwand in jeden Briefkasten ihrer Wahl einwerfen können. Gerade junge Leute, die ansonsten das Internet als Kommunikationsplattform nutzen, besitzen meist gar keine Briefmarken. Auch für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen ist es eine Erleichterung, wenn sie ihr Couvert ganz einfach in jeden beliebigen Briefkasten werfen können.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die Rückfrankierung der Wahl- und Abstimmungscouverts zu prüfen.

Bern, 25. März 2010

Postulat Fraktion SP/JUSO (Tanja Walliser, JUSO), Beat Zobrist, Nicola von Greyerz, Rithy Chheng, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Giovanna Battagliero, Lea Kusano, Ursula Marti

Antwort des Gemeinderats

Bis Mitte der 90-er Jahre waren die Stimmcouverts in der Stadt Bern vorfrankiert. Im Rahmen von Budgetsanierungsmassnahmen wurde diese Dienstleistung gestrichen. Im Zug der Reduktion der Anzahl Urnenlokale im Jahr 2009 hat die Stadtkanzlei geprüft, ob die Verwendung von frankierten Rückantwortcouverts wieder eingeführt werden soll. Dabei zeigte sich, dass pro Abstimmung mit Mehrkosten zwischen Fr. 25 000.00 und Fr. 45 000.00 gerechnet werden müsste. Pro Rücksendung fällt ein Porto von rund Fr. 1.03 an (Porto Fr. 1.00 zuzüglich Handling Post, abzüglich Rabatt für Massensendungen). Bei 83 000 Stimmberechtigten, einer Stimmbeteiligung von 20 bis 50 Prozent und einem brieflichen Rücklauf von 90 Prozent (die restlichen 10 Prozent stimmen an der Urne ab) würden pro Abstimmung schätzungsweise zwischen 15 000 und 38 000 Personen von der Vorfrankierung Gebrauch machen. Insgesamt würden bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 41 Prozent (basierend auf den sta-

tistischen Werten von 2006 bis 2010) demnach Mehrkosten im Bereich von rund Fr. 125 000.00 pro Jahr entstehen.

Dass vorfrankierte Antwortcouverts zu einer höheren Stimmbeteiligung führen, ist nicht erwiesen und lässt sich anhand des statistischen Durchschnittswerts denn auch nicht schliessen. So hat beispielsweise die Stadt Zürich, in welcher die Couverts vorfrankiert sind, bei eidgenössischen Vorlagen im Durchschnitt keine höhere Stimmbeteiligung als die Stadt Bern. Im Übrigen ist die kostenlose Abgabe des Stimmmaterials nach wie vor möglich und es wird auch rege von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zur Verfügung stehen einerseits die Abstimmungsbriefkästen im Erlacherhof, im Bienzgut Bümpliz und bei InfoBern, welche für die Stimmberechtigten ab Erhalt des Stimmmaterials bis zum Samstag vor der Abstimmung zugänglich sind. Andererseits kann in den sechs Urnenlokalen, darunter jenes im Bahnhof, welches zentral gelegen und am Abstimmungswochenende von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr am Samstag und von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr am Sonntag geöffnet ist, kostenlos abgestimmt werden. Schliesslich senden viele Stimmberechtigte ihre Couverts mit B-Post zu. Sie können auf diese Weise die Dienstleistung bei der Post billiger beziehen, als dies für die Stadt mit dem System der Vorfrankierung möglich wäre. Auch aus diesem Grund erscheint die Wiedereinführung der Vorfrankierung - welche letztlich wiederum von den Steuerzahlenden finanziert werden müsste - nicht sinnvoll.

Der Gemeinderat lehnt das Postulat aus all den genannten Gründen ab. Er möchte stattdessen darauf fokussieren, den Stimmberechtigten in Zukunft E-Voting zu ermöglichen. Bereits im Jahr 2011 werden erste Tests mit den in der Stadt Bern gemeldeten Auslandschweizer Stimmberechtigten durchgeführt. Soll E-Voting in den folgenden Jahren für alle Stimmberechtigten und schliesslich auch für Gemeindeabstimmungen eingeführt werden, so werden dafür erhebliche finanzielle Mittel bereit gestellt werden müssen. Der Gemeinderat erachtet es deshalb als zumutbar, auf die Wiedereinführung der kostenintensiven Vorfrankierung zu verzichten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 25. September 2010

Der Gemeinderat